

**CDU**Fraktion in der
Bezirksversammlung **Wandsbek**

CDU-Fraktion · Wandsbeker Königstraße 66 · 22041 Hamburg

Geschäftsstelle
Bezirksversammlung Wandsbek

Hamburg, den 04. Juni 2015

Debattenantrag (2)

der Mitglieder der Bezirksversammlung

Claudia Folkers, Sandro Kappe, Philipp Hentschel, Prof.Dr. Kurt Nixdorff (CDU)
und Fraktion

für die Sitzung der BV am 11. Juni 2015

**Regelmäßige Finanzierung des StoP-Projektes (Stadtteile ohne
Partnergewalt) in Steilshoop erarbeiten**

Das Projekt „StoP“ (Stadtteile ohne Partnergewalt) zielt auf das Gemeinwesen ab und schafft durch Nachbarschaftsnetzwerke ein präventives Werkzeug gegen Partnergewalt.

Die Mehrzahl von häuslicher Gewalt bzw. Partnergewalt Betroffener wird von vorhandenen Hilfesystemen, wie Beratungsstellen, Frauenhäuser oder auch Täterprogramme nicht erreicht. Nach wie vor ist diese Thematik stark tabuisiert.

Durch die Enttabuisierung im sozialen Raum kann das präventive Potential vorhandener lokaler sozialer Netzwerke genutzt werden. In den meisten Fällen öffnen sich Betroffene eher ihrem direkten Umfeld wie Nachbarn, Freunden und Verwandten. Die direkte Nachbarschaft ist meist insofern involviert, als dass sie durch „Hören“ und „Sehen“ bereits Kenntnis von häuslicher Gewalt besitzt.

Hier gilt es nun Öffentlichkeit zu schaffen, um die Täter von der Ausübung der Gewalt abzuhalten und um den Opfern die Solidarität und den Schutz der Gemeinschaft zu bieten.

Studien belegen, dass in Nachbarschaften, in denen die Einmischung bei Gewalt ein übliches Handlungsmuster ist, vergleichsweise weniger Gewalt ausgeübt wird, als in Nachbarschaften, in denen die Norm der „Nichteinmischung“ dominiert.

Häusliche Gewalt bzw. Partnergewalt ist ein Phänomen aller gesellschaftlichen Gruppierungen. Frau Prof. Dr. Stövesand von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften wies in ihrem Vortrag im Ausschuss für soziale Stadtentwicklung am 7. Mai 2012 explizit darauf hin, dass jeder Stadtteil Hamburgs als Pilotprojekt in Frage gekommen wäre.

Nur eine eher zufällige Begegnung und die vorhandene sehr gute Netzwerkarbeit in Steilshoop führten zur Auswahl dieses Stadtteils als erstes Projekt in Deutschland.

Beginnend im Mai 2010, finanziert und unterstützt durch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und der damaligen Behörde für Soziales,

**CDU**Fraktion in der
Bezirksversammlung *Wandsbek*

Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, für ein weiteres Jahr fortgesetzt von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration sowie dem Bezirksamt, endete die Laufzeit am 7. Juni 2012. Die Bezirksversammlung Wandsbek beantragte für ein weiteres Jahr die finanzielle Unterstützung durch die BASFI. Diesem wurde entsprochen und mit weiteren bezirklichen Mitteln aufgestockt. Der sparsame Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen sicherte das Fortführen des Projektes bis zum Juni dieses Jahres. Im Januar 2015 beschloss die Bezirksversammlung das Projekt mit 10.000 € aus dem Förderfond Bezirke weiter am Leben zu erhalten. Bereits heute wissen wir, dass auch dieses Geld endlich ist und das drohende Aus in naher Zukunft Wirklichkeit werden kann.

Der beeindruckende Verlauf dieses Projektes in Steilshoop, verbunden mit der Zielsetzung der Veröffentlichungsbereitschaft Gewaltbetroffener und Gewaltausübender und die Interventionsbereitschaft und Zivilcourage eines lokalen Gemeinwesens systematisch auf- bzw. auszubauen, sollte eine deutliche Wegweisung zur Verstetigung sein.

National und international wurde das Projekt beobachtet und mit viel Anerkennung gepriesen. Das seit Januar 2014 ebenfalls in Hamburg-Horn durchgeführte StoP-Projekt wird eng durch die Steilshooper Protagonisten begleitet. Parteiübergreifend herrscht Einigkeit über die Sinnhaftigkeit des Programms und über eine dauerhafte Implementierung im Stadtteil Steilshoop.

Die immer wiederkehrenden „Notfinanzierungsmaßnahmen“ lassen jedoch keine langfristigen Planungen zu. Nur dem großen Engagement der Steilshooper Institutionen und der Nutzung eigener, diesem Projekt jedoch nicht zugeordneter Ressource ist der Fortbestand des Programms zu verdanken. Was als Pilotprojekt begann, als großer Erfolg nicht nur von den Beteiligten, sondern auch von der Wissenschaft beschrieben wird, sollte nun dringend den Projekt-Charakter verlieren und in ein Regelangebot übergeleitet werden. Ansonsten würden Pilotprojekte sogar bei Erfolg lediglich einem Provisorium gleichen, denn einer langfristig angestrebten Heilung und Sicherung sozialer Gleichgewichte.

Hierfür sollte die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Fachbehörde entsprechende Finanzierungswege finden und diese schnellstmöglich umsetzen.

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachbehörde eine Regelfinanzierung des StoP-Projektes in Steilshoop zu erarbeiten.

Hierfür möge die Verwaltung in enger Kooperation mit den Projektmitarbeiterinnen und den Projektmitarbeitern die Größenordnung der finanziell notwendigen Mittel ermitteln, um die Implementierung des Programms in mindestens vorhandener Form zu gewährleisten.

Dem Ausschuss für Soziales und Bildung möge regelmäßig über den Entwicklungsstand berichtet werden.